

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Pulsnitzer Tageblatt  
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Er scheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Verleger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Entschädigung  
des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zellenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm  
30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großbörzsdorf, Dretznig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Tzlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von F. P. Bräuer & Erben (Fuh, J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 261

Freitag, den 8. November 1929

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Wegesperrung

Die Dorfstraße in Mittelbach wird am 11. November d. J. wegen Beschleunigungs-  
arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt.  
Der Verkehr wird auf die Nebenwege verwiesen.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 7. November 1929.

### Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar  
bestem Erfolg.

### Vertilgung und säkularistische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Funkausstellung.) Anlässlich der  
Vorführungen des Rundfunkwettbewerbs der M. R. A. G. am  
Sonntag nachmittag 5 Uhr auf dem Marktplatz stattfinden.  
veranstaltet der hiesige Funkverein in den Räumen des Café  
Hoffmann eine Funkausstellung.

**Pulsnitz.** (Volksbildungsverein.) Montag,  
den 11. November, 20 Uhr, feiert der Volksbildungsverein  
in der Turnhalle sein 10 jähriges Bestehen. Fräulein Stritt,  
Dresden, die bekannte Vortragskünstlerin, wird neben vielen  
Einzelvorträgen auch ein Melodrama zum Vortrag bringen.  
Umrahmt werden die Vorträge von Chören und einer Suite  
für Flöte und Klavier. In einer Ansprache wird Entstehung  
und Zweck des Vereins geschildert werden. Hierzu ist jeder-  
mann herzlich eingeladen. Mitglieder haben freien Eintritt.

**Pulsnitz.** (Der Gewerkschaftsbund der An-  
gestellten) feierte am vergangenen Dienstag seine November-  
Monatsversammlung durch, die dem Gedanken des 9. Jahres-  
festes des Zusammenschlusses mehrerer Verbände zu der großen  
Einheitsorganisation, dem G. D. A., gewidmet war. Der Orts-  
gruppenvorsitzende konnte eine große Anzahl Mitglieder begrüßen.  
In seinen einleitenden Worten wies er auf die Bedeutung dieser  
Versammlung hin, die ihr aus Anlass des Gründungstages  
zukomme. Den geschäftlichen Teil wickelte er schnell ab und  
erteilte dann dem anwesenden Baukner Geschäftsführer, Herrn  
Möcker, das Wort zu seinem Vortrag über „Der G. D. A., die  
Einheitsorganisation“. In 1 1/2 stündigem Vortrag verbreitete  
sich der Sprecher über die einzelnen Aufgabengebiete einer mo-  
dernen Angefellten-Gewerkschaft und behandelte besonders die  
Zweige der Sozialpolitik, Sozialversicherungen, Schutz der älteren  
Angestellten, Arbeitszeit und Sonntagsruhe, Handelsaufsicht,  
Arbeitsgerichtsrecht, Steuerwesen, Wirtschaftsverfassung, Woh-  
nungswirtschaft. Zur Wirtschaftspolitik sprach er über die  
Beratung des Wirtschaftsrates, Kartell- und Monopolfrage,  
Zoll- und Handelsvertragspolitik. Der Tarifpolitik und dem  
kollektiven Arbeitsrecht widmete er weitere Ausführungen und  
behandelte unter diesem großen Aufgabengebiet die Regelung  
der Arbeitsverhältnisse, Schlichtungswesen, Gehaltsbewegung,  
Lebenshaltungskosten, Wesen und Dauer tariflicher Verein-  
barungen, Urlaub, tarifliche Regelung des Lehrlingswesens,  
Fortzahlung des Gehalts bei Krankheit, Kündigungsfristen und  
Verförmung der Angestellten, Erfinderschutz, Mitbestimmungs-  
recht, gewollte Tarifunfähigkeit, Tariflosigkeit der Gewerksvereine  
und Tariflosigkeit. Den sachlichen Aufbau des Vortrags  
erhellte der Vortragende durch eine unge-  
heuer lebhaftes Debatte aus, die bewies, daß mit dem Vortrag  
Fragen angeschnitten worden waren, deren Beantwortung sich  
die Mitgliedschaft schon lange gewünscht hatte. Der Vorsitzende  
konnte diese anregende Versammlung, von der alle Teilnehmer  
aufs höchste befriedigt waren, erst zu später Abendstunde schließen.

— (Festsetzung der sozialen Wohlfahrts-  
rente.) Der Reichsminister der Finanzen hat nunmehr,  
wie die Wohlfahrts-Korrespondenz mitteilt, die Bestimmungen  
über den Betrag der sozialen Wohlfahrtsrente getroffen.  
Der Betrag, der auf je 100 RM Nennbetrag der Aus-  
losungsrente der Rente entfällt, ist auf 54 RM festgesetzt  
worden. Die soziale Wohlfahrtsrente war durch § 27 des  
Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. 7. 25  
den Anstalten und Einrichtungen der freien und kirchlichen  
Wohlfahrtspflege, die Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrts-  
pflege erfüllen, unter gewissen Voraussetzungen gewährt  
worden. Die Höhe der Rente war von der Reichsregierung  
auf Grund der von der Reichsschuldenverwaltung aufzustel-  
lenden Unterlagen zu bestimmen. Bereits seit Ende 1928  
sind auf besonderen Antrag an zahlreiche Anstalten, Einrich-  
tungen der freien Wohlfahrtspflege und Kirchengemeinden  
Zwischenzahlungen und zwar in Höhe von 50 Prozent geleis-  
tet worden. Die Differenz zu der jetzt endgültig auf  
54 RM festgesetzten Wohlfahrtsrente wird den Rentenberech-  
tigten von der Reichsschuldenverwaltung direkt vergütet wer-  
den. In den Fällen, in denen Zwischenzahlungen nicht erfolgt  
sind, werden die Rentenbeträge von der Reichsschuldenverwal-  
tung nunmehr geleistet werden.

## Der Sklarek-Skandal zieht immer weitere Kreise

Tardieu's Rede vor der französischen Kammer — Oberbürgermeister Böß kehrt nicht ins Amt zurück  
Professor Wolbenhauer Reichswirtschaftsminister?

Berlin. In der Untersuchung des Berliner Falles  
Sklarek steht die Besetzung hoher städtischer Ver-  
waltungsbeamter im Vordergrund. Staatsanwaltschaft und  
Untersuchungsrichter befassen sich fast ausschließlich mit der  
Berufung des Verhaltens städtischer Beamter der Sklarek'schen  
Kleider-Vertriebs-Gesellschaft gegenüber. In Räumen der  
R. V. G. fand eine neue Hausdurchsuchung statt, während der  
Untersuchungsrichter abermals eine Reihe von Zeugen ver-  
nommen hat. Bei der Suche nach weiteren Geheimkonten  
der Gebrüder Sklarek ist nun auch das Konto „Gustav“  
gefunden worden, das sich auf den Berliner Oberbürgermeister  
Böß beziehen soll, der mit Vornamen Gustav heißt. Bei  
diesem Konto soll es sich um Geldüberweisungen für Auto-  
fahrten handeln. Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, daß  
auch das Geheimkonto „Schuster“ noch vorhanden sein muß,  
und läßt danach suchen.

Da einige der Geheimkonten von einer Berliner Kor-  
respondenz früher veröffentlicht wurden, als die Staats-  
anwaltschaft davon wußte, so ist bei den untersuchenden Be-  
hörden der Verdacht aufgefaßt, daß von Seiten der  
Sklarek's mit diesen Veröffentlichungen ein gewisser Zweck  
verfolgt wird. Man nimmt an, daß gewisse Personen, die  
noch nicht in den Bereich der Untersuchung eingezogen sind,  
durch die Veröffentlichung der vorläufig unvollständigen  
Liste der Geheimkonten gewarnt und ihnen auf diese Weise  
nahgelegt werden sollte, evtl. bei ihnen befindliches Beweismaterial  
verschwinden zu lassen. Die Staatsanwaltschaft  
fahndet nunmehr nach dem Informator des Berliner Kor-  
respondenzbüros.

### Stadtschulrat Nydal beantragt Disziplinarverfahren.

Der Berliner Stadtschulrat Nydal, der die Amerika-  
reise des Oberbürgermeisters Böß mitmachte, hat nunmehr  
wie verschiedene seiner Amtsvorgänger ein Disziplinar-  
verfahren gegen sich beantragt. Er stand auf der Kunden-  
liste der Sklarek's und hatte noch kurz vor seiner Abreise nach  
Amerika Kleiderstücke bezogen, die er erst nach Bekannt-  
werden des Sklarek-Standals bezahlte. — Wie bekannt wird,  
hat der Berliner Stadtrat Degener, der sich in Haft befindet,  
1927 von der englischen Royal-Shell-Gruppe 50 000 Mark  
für die Zulassung von 500 Shellanstellen in Groß-Berlin  
erhalten. Ein hübsches englisches Trinkgeld!

### Gläubigerversammlung bei Sklarek's.

In Berlin fand unter großer Teilnahme die Versamm-  
lung der Gläubiger der Sklarek's statt. Wie der Konkurs-  
verwalter mitteilte, sind nicht weniger als 6 Konkurs-  
verfahren im Gange, nämlich gegen die drei Brüder  
Sklarek's und die von ihnen begründeten Betriebe. Die vor-  
handene Masse wird bei der Kleidervertriebsgesellschaft auf  
760 711,76 Mark geschätzt. Eine Anzahl Forderungen ist un-  
eintreibbar. Sämtlichen Angestellten ist ge-  
gekündigt. Zu deden sind über 12 Millionen Reichs-  
mark, wovon die Berliner Stadtbank allein über 10 Millionen  
verlangt. Im weiteren Verlauf wurden die Geschäfte der  
Sklarek-Betriebe besprochen, auch die Geschäfte der R. V. G.,  
die u. a. das Reichsbanner mit Uniformen beliefert hat.

### Der Berliner Oberbürgermeister soll unter Eid ausfragen.

Der Verteidiger des Buchhalters Lehmann hat bei der  
Staatsanwaltschaft den Antrag gestellt, Oberbürgermeister  
Böß als Zeugen unter Eid zu nehmen, um einige Unklarheiten  
aus den Geschäftsbüchern der Sklarek's aufzuklären. Der  
Verteidiger behauptet, daß die Angelegenheit des Pelzkaufes  
des Berliner Oberbürgermeisters unbedingt geklärt werden  
müsse, um dadurch die Glaubwürdigkeit des Buchhalters  
Lehmann festzustellen. Der Pelzkauf sei im vorigen Jahre  
erfolgt und im März dieses Jahres sei die Rechnung von

375 Mark Herrn Oberbürgermeister Böß zugestellt worden.  
Es wird berichtet, daß der Berliner Oberbürgermeister Böß  
sich von dem Maler Oppenheimer hat malen lassen und daß  
dieses Bild für den Berliner Ratsteller gekauft wurde. Der  
Preis für dieses Bild betrug 800 Mark und soll ein Teil  
der 1000 Mark sein, mit denen Oberbürgermeister Böß den  
bei den Sklarek's gekauften Pelz zu Wohltätigkeitszwecken be-  
zahlt hat. Die restlichen 200 Mark hat Oberbürgermeister  
Böß, wie er erklärt, einer sich in Not befindenden Verwandten  
ausgezahlt.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Es wird  
verbreitet, daß die Pelzrechnung des Oberbürgermeisters in  
Höhe von 375 Mark noch nicht bezahlt sei. Laut Zahlkarte  
sind die 375 Mark auf Postcheckkonto der Firma Sklarek,  
Berlin 168 98, am 7. Februar 1929 überwiesen worden. Die  
Quittung befindet sich in Händen des Oberbürgermeisters.

### Noch ein zweiter Berliner Bezirksbürgermeister von seinem Amt entbunden.

Der Sklarek-Skandal hat zur Folge ge-  
habt, daß nunmehr ein zweiter Berliner Bezirksbürgermeister  
von seinem Amt entbunden worden ist. Bürgermeister K o h l  
vom Bezirk Cöpenick hat unter dem Druck der gegen ihn er-  
hobenen Vorwürfe ein Disziplinarverfahren be-  
antragt und ist von Bürgermeister Scholz bis auf weiteres  
b e u r l a u b t worden.

Der Landesverband Berlin der Deutschen Volks-  
partei teilt mit: In der Zeitschrift die „Wahrheit“ hat der ehe-  
malige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Bruhn eine  
Reihe schwerer Angriffe gegen den Vorsitzenden und den  
Schatzmeister des Landesverbandes Berlin der deutschna-  
tionalen Volkspartei erhoben. Die Behauptungen, die sich als  
Rachegelt wegen des vom Landesverband betriebenen Aus-  
schlusses des Herrn Bruhn aus der deutschna-  
tionalen Volkspartei kennzeichnen, sind in allen wesentlichen  
Punkten unwahr, insbesondere bezüglich der angeblich vom  
Landesverband bezogenen „Schweigegeleider“. Die Herren  
L a v e r r e n z und G a n z o w haben diejenige Zeitungen,  
die sich die Behauptung der „Wahrheit“ zu eigen gemacht  
haben, zur Berichtigung auf Grund des § 11 des Presse-  
gesetzes aufzufordern.

### Der Böß-Skandal vor dem Berliner Stadtparlament.

Berlin. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Berliner  
Stadtverordnetenversammlung teilte der Vorsitzende mit, daß  
seitens der demokratischen Fraktion eine Anfrage nach  
den Gesamtkosten der letzten Amerikafahrt von Magistrats-  
mitgliedern eingelaufen sei. Bürgermeister Scholz erklärte  
hierauf, daß die Kosten etwa 58 500 bis 58 600 Mark be-  
tragen. Darauf wurde mitgeteilt, daß der Meldestenaus-  
schuß beschlossen habe, die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats,  
betreffend den Antrag des Oberpräsidenten der Provinz  
Brandenburg und von Berlin über die Amtsenthebung von  
d r e i M i t g l i e d e r n des Verwaltungsrats der Stadtbank  
und den entsprechenden deutschnationalen Dringlichkeits-  
antrag, betreffend Abberufung von drei Stadtvorord-  
neten aus dem Kreditausschuß der Stadtbank abzusehen.  
Dagegen würde der kommunistische Antrag betreffs

### Amtsenthebung des Oberbürgermeisters ohne Pension zur Beratung kommen.

Bürgermeister S c h o l z teilte hierzu mit, daß der Oberprä-  
sident den Beschluß gefaßt habe, nach Vernehmung des Ober-  
bürgermeisters Dr. Böß auf dessen Antrag hin gegen ihn  
ein Disziplinarverfahren zum Zwecke der Amtsent-  
hebung einzuleiten und ihm vier Wochen Ur-  
l a u b z u erteilen. Da er hierbei nicht in ein schweben-

